FREE GAZA FROM HAMAS!

Beiträge nach dem Angriff auf Israel 2023

EDITORIAL

Redaktion: Einzelpersonen aus Potsdam
Stand: Oktober 2023
Auflage: 500 Stück
Bilder: Medienkollektiv Brandenburg (5, 7, 17, 21), google.
Die Zeitung wird kostenlos verteilt.

Die einzelnen Beiträge spiegeln die Standpunkte der Autor:innen wieder.

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum des Absenders, bis sie der:dem Leser:in persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts.

V.i.S.d.P.: Katja Herbst, Dortustraße 181, 14467 Potsdam

INHALT

4 **VORWORT**
Einzelpersonen aus Potsdam

5 **"ICH HABE KEINE ANTWORT"**
Eine Potsdamerin und Israeli

7 **EINE WELT HAT AUFGEHÖRT ZU EXISTIEREN**
Gruppe gegen jeden Antisemitismus

12 **ISRAEL UND PALÄSTINA – EIN NIE ENDENWOLLENDER KONFLIKT**
Noa aus Frankfurt (Oder)

17 **ANTISEMITISMUS VON LINKS – GEDANKEN ZUR AKTUELLEN AUSPRÄGUNG NACH DEM 7. OKTOBER 2023**
Marek WInter

21 **"DIE TÄTER KÄMPFEN EINEN SCHEISS FÜR IRGENDEINE BEFREIUNG!"**
Emanzipatorische Antifa Potsdam (EAP)

23 **GEGEN JEDEN ANTISEMITISMUS UND RASSISMUS!**
Solidarität und Emanzipation Berlin

26 **ZWEI STATEMENTS SIND BESSER ALS KEINS? ZUR UNPASSENDEN REAKTION DER UNIVERSITÄT POTSDAM AUF TERROR IN ISRAEL**
Studierende der Jüdischen Studien an der Universität Potsdam

VORWORT

Am 7. Oktober 2023 verübte die islamistische Terrororganisation Hamas eine Welle multipler Angriffe auf israelische Zivilist:nnen. Mehr als eintausend Menschen wurden getötet und misshandelt, etliche als Geiseln in den Gaza-Streifen verschleppt. Als Reaktion erklärte Israel den Kriegszustand.

Wie die Zukunft des Gazastreifens, Israels und der gesamten Region aussehen könnte, ist mitten im Krieg bis heute ungewiss. Auch im Rest der Welt tobt seitdem ein Informationskrieg, ein Krieg um die Köpfe der Zusehenden. Ein Krieg um Solidarität, die richtige Kontextualisierung, die richtigen Fragen und Antworten unter dem billigen Vorwand, aber auch um den Preis der Komplexität.

Israel ist ein Nationalstaat mit allen kritikwürdigen allgemeinen und spezifischen Merkmalen. Israel ist aber gleichermaßen ein besonderes Land als der einzige jüdische Staat und die einzige Demokratie der Region.

Die Allgegenwärtigkeit des Antisemitismus ist das Kernelement dieses Krieges. Der eliminatorische Terror ist unwiderruflich zum Bestandteil einer islamistischen Befreiungsmythologie geworden, bei der es kaum vorstellbar ist, dass es um das Wohlergehen und die wirklichen Interessen von Menschen geht.

Die Hamas als klerikalfaschistische Organisation missbraucht alle erdenklichen zivilen Hilfsgüter für ihren Terror. Sie unterbindet freie Wahlen in Gaza, unterdrückt progressive Kräfte. Sie schürt Krieg und torpediert jegliche Bemühungen eines Friedens. Daher zielt die Forderung „Free Gaza from Hamas" nicht nur auf den Terror an den Israelis, sondern auch auf die Situation der Palästinenser:innen.

Wir haben weder den Spatz in der Hand noch die Taube auf dem Dach. Am Ende entscheiden unsere Worte weder über das Schicksal der Menschen in Gaza oder Israel noch über Gedeih und Verderb der Hamas oder des islamischen Jihad. Gleichzeitig ist es unser Privileg, in Frieden zu leben und nicht unmittelbar involviert zu sein. Wir haben die Möglichkeit, unsere Positionen gegeneinander abzuwägen. Die Debatte und die Bedingungen dafür, dass Menschen ein freies und würdiges Leben führen können, bleibt unser erklärtes Ziel als Linke. Das ist vielleicht das einzig nützliche, das wir an diesem Ort tun können.

In dieser Broschüre sind Beiträge einer Kundgebung vom 18.10.2023 in Potsdam zusammengefasst.

EINE POTSDAMERIN UND ISRAELI

"Ich habe keine Antwort"

Ich schreibe euch heute Abend meine Gedanken und Gefühle. Ich vertrete weder mein Land noch eine Partei, aber ich selbst, ich bin verärgert, wütend, sehr sehr traurig und verwirrt. Daher ist es möglich, dass dieser offene Brief nicht vollständig schlüssig und „gut strukturiert" ist, so ist es, wenn draußen und drinnen Chaos herrscht.

Das Chaos entsteht durch den Schock. Ich bin schockiert und viele Israelis auch. Das Konzept eines starken und schützenden Israels ist zusammengebrochen. Und die Angst ist groß. Sehr groß. Es ist unnötig, euch die bei diesem abscheulichen Terroranschlag begangenen Gräueltaten zu beschreiben. Die Fotos und Videos (von denen einige von den Terroristen selbst aufgenommen wurden) sprechen für sich.

Als Jüdische und Israelische Frau verstehe ich, dass ich nirgendwo auf der Welt sicher sein werde, wenn Israel aufhört zu existieren – Juden und Israelis werden nirgendwo sicher sein. Auch hier in Deutschland nicht. Und das ist der Grund, warum ich Israel zur Seite stehen muss. Ich habe keine andere Wahl. Glaubt mir, ich übe viel Kritik an der rechtsextremen Regierung Israels und ihrem Handeln, die das Land je gekannt hat.

Die Kluft in der israelischen Gesellschaft ist sehr groß. Die rechtsgerichtete Regierung in Israel, hat auch das schrecklichste Ver-sagen herbeigeführt, das Israel je erlebt hat. Ich bin eine friedenssuchende Person, unterstütze die Gründung eines palästinensischen Staates und erkenne die Verantwortung an, die ich als Israelin habe, um die Besatzung und die Unterdrückung der Palästinenser zu beenden.

Und ja, es ist möglich, den Frieden zu unterstützen, die Gründung eines palästinensischen Staates neben dem israelischen zu unterstützen und gleichzeitig die Hamas zu bekämpfen und zu verurteilen.

Diejenigen, die den sadistischen und brutalen Mord an Unschuldigen und die Entführung von Kindern, Frauen, älteren Menschen und Männern verherrlichen und feiern, sind meiner Meinung nach nicht der Solidarität und des Lobes würdig.

Ich glaube nicht, dass die Hamas eine Zwei-Staaten-Lösung will. Die Hamas will nur Israel vernichten. Es ist unmoralisch, die Ermordung von Babys in einem Krieg oder einem Terroranschlag in irgendeiner Weise und in irgendeinem Kontext zu feiern.

Dies ist eine Zeit zum Trauern. Wir müssen um die Opfer der Gräueltaten der Terrororganisation trauern und wir müssen auch um die schwere Katastrophe trauern, die Israel in Gaza anrichtet. Rache wird die Toten und wahrscheinlich auch die Entführten nicht zurückbringen.

Im gegenwärtigen Kontext und zu diesem Zeitpunkt fällt es mir sehr schwer, Menschen zu verstehen, die die Befreiung Palästinas fordern, ohne die schrecklichen Mordtaten der Hamas auch nur im Geringsten zu verurteilen und ohne die Freilassung der Entführten zu fordern.

Bedeutet das, dass sie die Verbrechen des Terrors unterstützen? Könnte es sein, dass sie die Ermordung und Vergewaltigung israelischer Frauen unterstützen? Ich hoffe wirklich nicht. Denn die Agenda der Hamas wird kein Leben in Freiheit oder überhaupt kein Leben für ermöglichen.

Wie also befreit man Gaza aus den Händen der Hamas? Ich habe keine Antwort. Und wie befreit man alle Entführten – wenn sie überhaupt noch am Leben sind? Ich habe keine Antwort. Wie kann man der Hamas schaden und sie zerschlagen, ohne Tausende Unschuldige zu töten? Wie helfen wir den Menschen im Gazastreifen, sich aus den Fesseln dieser mörderischen Organisation zu befreien? Und wie überwindet man das und findet dennoch den Weg zurück zur Vernunft?

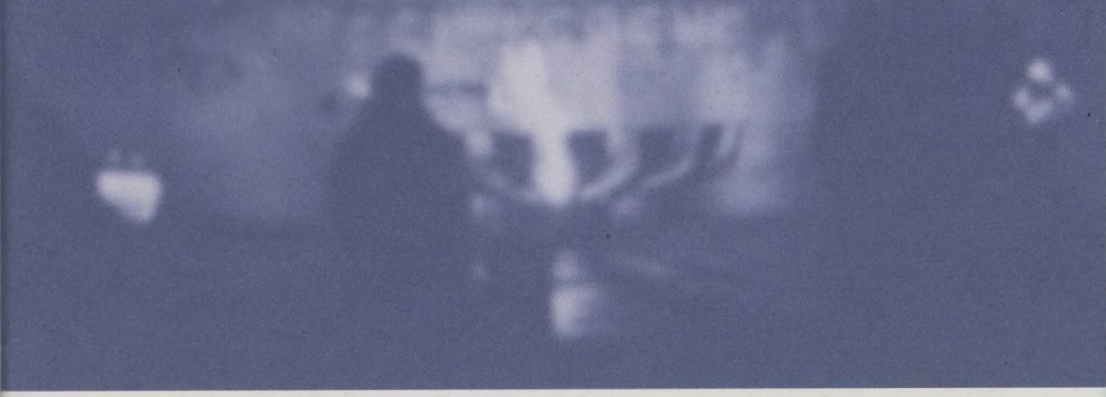
Ich habe keine Antwort und ich fühle mich hilflos.

Hebrew:

הוא הולך לעשות שלום על הגבהים שלו, הוא הולך לעשות שלום על כולנו ועל כל ישראל, ובואו נגיד כולנו אמן.

Deutsch:

"Er schafft Frieden auf seinen Höhen, er wird Frieden über uns alle und über ganz Israel schaffen, und lasst uns alle Amen sagen."



GRUPPE GEGEN JEDEN ANTISEMITISMUS

Eine Welt hat aufgehört zu existieren

Dieser Redebeitrag wurde anlässlich einer Kundgebung, die am 18. Oktober 2023 in Potsdam stattfand, geschrieben. Seitdem ist nicht viel Zeit vergangen und trotzdem viel passiert. Antisemitische Vorfälle und Gewalt nehmen zu. Es gab zahlreiche Bombendrohungen bei denen der Hintergrund noch zu klären ist. In Duisburg wurde ein Mann festgenommen, der einen Anschlag auf eine israelsolidarische Kundgebung plante.

Israel kämpft weiterhin um sein Existenzrecht, Raketen werden aus dem Libanon und dem Gazastreifen abgeschossen, die IDF rückt gegen Hamasterroristen nun auch in einzelnen Ground Operations aus. In vielen Städten in Israel pausiert das Leben, die Anspannung hält an. Erst nach dem Krieg wird wohl richtige Trauer möglich sein. Während das alles so schrecklich ist, dass man nur schreien mag, ist es in vielen Bereichen der Linken verdammt leise. Statt sich gegen Faschismus und Islamismus zu positionieren, ist man eher bedacht, sich von Antideutschen abzugrenzen, ohne überhaupt genauer zu definieren, wer damit genau gemeint sein soll. In der Berichterstattung dominieren Informationen, die von der Hamas gestreut werden und Journalist:innen übernehmen diese ohne zu hinterfragen. Dies sind untragbare Zustände!

Am 7. Oktober, am Feiertag Simchat Torah wurden viele Menschen in Israel durch Sirenen geweckt. Um 6:30 Uhr begann die Terrororganisation Hamas einen Großangriff auf den Staat Israel. Wie schon beim Yom-Kippur-Krieg im Jahr 1973 wurde der Staat Israel an einem Feiertag von feindlichen Raketen überrascht. Seitdem überschlagen sich die Ereignisse. Wir versuchen uns an einer Schilderung und Einordnung der bisherigen Geschehnisse, auch wenn sie uns immer wieder sprachlos machen.

Viele Menschen in Israel kennen die Sirenen des Raketenalarms leider gut, haben oft schon einen Krieg erlebt. Doch die Einschätzung, dass es sich wieder einmal um ein paar Tage im Ausnahmezustand handelt, lässt sich nicht lange halten. Denn dieser Angriff der Hamas unterscheidet sich von allen anderen Angriffen zuvor. An 22 Stellen haben Hamas-Terroristen den Grenzzaun zu Gaza eingerissen und sind in Israel eingedrungen. Sie kamen mit Paraglidern aus der Luft, über das Mittelmeer und

mit Autos und Motorrädern. Sie überfielen mehrere Kibbutzim und Dörfer, verbrannten ganze Familien lebendig in ihren Häusern, erschossen und enthaupteten Menschen, vergewaltigten Frauen, schändeten Leichen und nahmen Geiseln, darunter auch alte Menschen und Kleinkinder. Der Überfall auf das Supernova-Festival in der Nähe des Kibbutz Re'im mit 5.000 Besucher:innen, meist jungen Menschen scheint lang im Voraus geplant gewesen zu sein. Die Hamas und vermutlich auch die Gruppe Islamischer Dschihad richteten ein Massaker an, dem 260 feiernde, junge Menschen zum Opfer vielen. Sie nahmen Geiseln, mittlerweile wird von 199 Gefangenen aus 36 verschiedenen Ländern ausgegangen. Man mag sich nicht vorstellen, was sie gerade durchmachen müssen.Hunderte Menschen wurden in unter anderem Netiv HaAsara, Be'eri, Kfar Aza, Nir Oz,Holit und an anderen Orten ermordet. In einem Interview sagt ein Vater aus dem Kibbutz Be'eri unter Tränen, er sei froh, dass seine 8 Jährige Tochter Emily tot sei, da die Verschleppung für sie wohl mehr Qualen bereitet hätte. Tagelang mussten sich Menschen in der Wüste versteckt halten, stundenlang harten Menschen in ihren Luftschutzbunkern aus. Kinder mussten mit ansehen, wie ihre Eltern ermordet werden. Eltern sahen ihre Kinder sterben. Das gesamte Ausmaß dieser von den Hamas durchgeführten Massaker ist noch nicht greifbar. Es werden immer noch Leichen geborgen und identifiziert.

Israel ist ein kleines Land mit etwa 9 Millionen Einwohner:innen. Es gibt niemanden, der nicht Familienangehörige, Freund:innen oder Bekannte hat, die von der Hamas oder dem islamischen Dschihad ermordet oder entführt wurden. Ein ganzes Land ist in Trauer. Seit dem Holocaust sind nicht mehr so viele Juden und Jüdinnen in so kurzer Zeit ermordet worden. Das Massaker auf dem Supernova-Festival ist der größte Terroranschlag den Israel bisher erleben musste. Inzwischen gibt es seit dem 7. Oktober über 1400 Tote durch die Massaker und die Bombardierung aus Gaza, davon sind die meisten Zivilist:innen. Mindestens 5000 Raketen wurden von der Hamas abgeschossen, nicht alle konnte der Iron Dome, das Raketenabwehrsystem Israels aufhalten. Ohne diesen Iron Dome würde Israel in Trümmern liegen.

Der islamistische Terror der Hamas ist keine Reaktion auf eine Politik Israels. Er ist kein Widerstand oder Zeichen irgendeines Befreiungskampfes. Der Terror der Hamas ist Vernichtungsantisemitismus. Benjamin Netanjahu hat nach dem Angriff der Hamas den Kriegszustand ausgerufen. Der israelische Generalmajor Itai Veruv sagte jedoch nach dem seine Streitkräfte das Kibbutz Kfar Aza betreten hatten:

»Es ist kein Krieg und kein Schlachtfeld, sondern ein Massaker. Es ist mehr wie ein Pogrom in Europa und anderen Orten aus der Zeit unserer Großeltern. So etwas hat es in der jüngeren Geschichte nicht gegeben.«

Für die Hamas gibt es keine Lösung des Konflikts, in dem Juden und Jüdinnen vorkommen. Das machen sie in ihrer Karta deutlich, in der steht *„Die Palästina-Frage kann nur durch den Dschihad*

gelöst werden. Initiativen, Vorschläge und internationalen Konferenzen sind sinnlose Zeitvergeudung, frevelhaftes Spiel". Es muss allen, die jetzt auf Demos „free palestine" rufen, klar, sein, dass ein freies Palästina wie es die Hamas will, die Vernichtung aller Juden und Jüdinnen bedeutet. Free Palestine bedeutet sich auf die Seite von Terroristen zu stellen. Dass es der Hamas nicht allein um Juden und Jüdinnen in Israel geht, hat sie mit ihrem Aufruf am 13.10. Juden und Jüdinnen überall auf der Welt anzugreifen, ein weiteres Mal mehr als deutlich gemacht.

Dabei nutzt sie wie schon lange ihre eigene Zivilbevölkerung als Schutzschild. Der Hamas war es von Anfang an klar, dass ihr Angriff auf Israel den Tod für viele palästinensische Zivilist:innen bedeuten würde. Es ist ihnen egal. Der Weg den die IDF Israel Defense Forces geht ist wohl der einzige Weg diese terroristischen Strukturen zu zerstören - für Israel, aber auch für den gesamten Nahen Osten. Während die israelischen Streitkräfte versuchen, Zivilist: innen vor Bombardierungen in Gaza zu warnen und sie dazu aufzurufen, bestimmte Gebiete des Gaza-Streifens zu verlassen, hindert die Hamas durch die Abnahme von Pässen die Menschen daran, sich in Sicherheit zu bringen. Es ist nur eine Frage der Zeit, wenn es nicht jetzt schon passiert, dass vergessen wird, wie es zu den Bombardierungen in Gaza kommt. Schon jetzt wird die Bombardierung auf Gaza durch die IDF mit den Massakern in Israel teilweise gleichgesetzt, der Terror der Hamas verharmlost und als Reaktion auf die Politik von Israel verklärt. Auf zahlreichen Demonstrationen in verschiedensten Ländern werden gewaltvolle antisemitische Parolen skandiert. Nur wenige Stunden nach dem Angriff auf Israel feierte die zur PFLP Volksfront zur Befreiung Palästinas gehörige Gruppe Samidoun in der Sonnenallee den Terror der Hamas.

Eine Woche nach dem Angriff der Hamas ist ein Ende des Kriegs nicht in Sicht. Wie konnte das passieren? Genaue Analysen müssen wohl bis zum Ende dieses Krieges warten. Klar ist jedoch, dass der Iran in einer maßgeblichen Rolle in die Unterstützung und Planung des Angriffs involviert war. Dass die Hamas schon seit Jahrzehnten vom iranischen Regime finanziert wird, ist bekannt. Der Islamische Dschihad sprach auch in der Vergangenheit ganz offen darüber, dass seine Raketen vom iranischen Regime geliefert werden und ihre Mitglieder im Iran ausgebildet werden. Auch die Hamas verkündete bereits in der Vergangenheit ihre Dankbarkeit gegenüber dem Iran für den Transfer von Wissen, Expertise sowie dem Transport von Raketen nach Gaza. Auch die Terrororganisation Hisbollah im Libanon wird vom Iran finanziert und hat in-zwischen mindestens 15 Raketen auf Israel abgefeuert. Die Hisbollah ist im Besitz von über 150 000 Raketen, die auf Tel Aviv gerichtet sind und vom Iran finanziert wurden. Es wird geschätzt, dass der Iran den Islamischen Dschihad im Jahr mit etwa 70 Millionen US-Dollar unterstützt und die Hamas mit bis zu 150 Millionen US-Dollar.

Das Wall Street Journal berichtete nun aber auch von einer direkten Unterstützung bei der Planung. Seit August habe es mehrere Treffen der Hamas mit Vertretern der iranischen Revolutionsgarde in Beirut

gegeben. Es wundert kaum, dass nur wenige Stunden nach dem Überfall auf Israel in Teheran wie in vielen anderen arabischen Ländern gefeiert wurde. Ohne das Mullah-Regime hätte der Angriff auf Israel nicht in diesem grausamen Ausmaß statt finden können. Und auch jetzt ist es nach wie vor eine der größten Bedrohungen. Bereits vor mehreren Tagen drohte der Iran: würde Israel die Bombardierung des Gaza-Streifens fortsetzen, würde Jedes weitere Vorgehen Israels ein Erdbeben nach sich ziehen. Gestern konkretisierte der iranische Außenminister seine Drohung und kündigte einen Angriff als sog. Präventivschlag von der „Widerstandfront" an. Es wird davon ausgegangen, dass hiermit die im Libanon stationierte Hisbollah gemeint ist.

Eine Unterstützung Israels beschränkt sich also nicht nur auf das Zerschlagen existierender Terrormilizen. Es braucht ein konsequentes Vorgehen gegen das iranische Regime. Das bedeutet eine längst überfällige Kehrtwende in der deutschen Iran-Politik.

Der zweite Hauptfinanzier der Hamas ist der Golfstaat Katar. Mit 1,5 Milliarden Euro hat Katar die Hamas mitfinanziert und ist somit wichtigster Geldgeber der Hamas. Auch das ist kein Geheimnis. Dennoch sah Olaf Scholz kein Problem darin den Emir von Katar Tamim bin Hamad Al Than zu treffen: nur drei Stunden, nach dem im Bundestag Israel volle Solidarität zugesichert und über ein Betätigungsverbot der Hamas entschieden wurde. Scholz sieht in dem Emir von Katar einen möglichen Vermittler und verteidigt das Treffen mit Tamim bin Hamad Al Than als eine Möglichkeit zur Deeskalation. In Wahrheit war das Treffen mit dem Emir schon seit langem geplant. Und nicht um etwa über Katars Unterstützung der Hamas zu sprechen sondern über die Energiepartnerschaft zwischen Deutschland und Katar. Ab 2026 möchte das US-Unternehmen ConocoPhillips Flüssiggas aus Katar nach Brunsbüttel liefern, dieser Vertrag hat eine Laufzeit von 15 Jahren.

Eine wirkliche Solidarität mit Israel im Kampf gegen den Terror würde auf Seiten von Deutschland und der EU auch bedeuten, genauer hinzuschauen, wo die finanziellen Hilfen, die an die Palästinensische Autonomiebehörde und in den Gazastreifen fließen, konkret landen. Neben der nun ganz aktuellen Frage, ob schlussendlich von europäischen und deutschen Geldern die Waffen der Hamas, mit denen inzwischen mindestens 1400 Israelis ermordet wurden, mitfinanziert werden, sollte Deutschland auch endlich Konsequenzen daraus ziehen, dass palästinensische Schulmaterialien, die von deutschen Geldern sowie der United nations relief and works agency UNRWA bezahlt werden, vor antisemitischen Stereotypen triefen, in denen Juden und Jüdinnen entmenschlicht werden, die Verschwörungserzählungen beinhalten, Märtyrertum und islamistischen Terror glorifizieren und im Geografieunterricht Karten ohne Israel gezeigt werden.

Inzwischen äußerten sich mehrere Lehrkräfte von UNRWA-Schulen auf social media positiv über den Angriff der Hamas. Deutschland ist mit 191 Millionen Euro, die im vergangenen Jahr an das UN-Flüchtlingswerk überwiesen wurden, nach den USA der größte Unterstützer der UNRWA.

Eine Bekämpfung des Terrors bedeutet auf lange Sicht auch, seine Ursprünge zu bekämpfen. Und Solidarität mit Israel bedeutet mehr, als die Israelfahne ans Brandenburger Tor zu projizieren.

Muslimischer Antisemitismus muss als solcher benannt und problematisiert werden. Und gleichzeitig müssen wir rassistische Reaktionen und Forderungen als solche kritisieren, wenn reflexhaft nach leichteren Möglichkeiten von Abschiebungen gerufen wird oder sich die CDU nicht zu schade ist, zu fordern, dass Beteiligten von Hamassolidarischen Demos mit doppelter Staatsbürgerschaft die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen werden soll.

Solche Reaktionen sind nicht nur rassistisch, sondern dienen auch dem Freisprechen von eigenem Antisemitismus. Wer sagt: Deutschland hat kein Platz für Antisemitismus. Dem muss leider entgegnet werden: **Doch. Jede Menge**. Allein 2022 meldete Rias 2480 antisemitische Vorfälle. Die documenta ist ein weiteres Beispiel, dass Antisemitismus durchaus Platz hat in Deutschland. Einzelne Mitglieder des Kurator:innenteams Ruangrupa, die seit der documenta einen Lehrstuhl an der Kunsthochschule Hamburg hatten, haben sich bei social media positiv auf den Hamas-Terror bezogen.

Mit Besorgnis müssen wir sehen, dass es seit dem 7.Oktober mehr antisemitische Gewalt gibt, weltweit. Der Krieg im Nahen Osten hat also direkten Einfluss auf die Sicherheit von Juden und Jüdinnen überall auf der Welt.

Wir fordern, sich mit der Komplexität des Nah - Ost - Konfliktes auseinanderzusetzen. Wir fordern Solidarität mit Israel im Kampf gegen den Terror und Solidarität mit Juden und Jüdinnen Weltweit, sowie mit allen demokratischen Palästinenser:innen.

Eine solche Solidarität zeigt sich nicht nur in Statements auf Social Media oder schwungvollen Reden, sondern einer klaren Außenpolitik und der Bekämpfung von jedem Antisemitismus, nicht nur bei einzelnen Gruppen sondern in der ganzen Gesellschaft.

Wir sind in Gedanken bei den Überlebenden und Angehörigen der Opfer des Massakers, bei den Geiseln, die nach Gaza verschleppt wurden, bei denjenigen, die ihr Zuhause zurücklassen mussten, und bei denjenigen, die seit 11 Tagen immer wieder Schutz in Bunkern suchen müssen. Eine Welt hat am 7. Oktober aufgehört zu existieren.

Gegen jeden Antisemitismus!
Free Gaza From Hamas!
Lang lebe Israel!

NOA AUS FRANKFURT (ODER)

Israel und Palästina – Ein nie endenwollender Konflikt

Liebe Antifaschist:innen,

dieser Tage stehen viele Menschen weltweit unter Schock. Die Bilder, die wir vor allem über die Sozialen Medien aus Israel sehen mussten, wo über 1.300 unbewaffenete Zivilst:innen, darunter viele Kinder, grausam ermordet wurden, lässt uns immer noch fassungslos hier stehen. Eigentlich müsste es angesichts der Bilder klar sein, wem unsere Solidarität in diesem Moment gilt. Doch anstatt gerade innerhalb der radikalen Linken gemeinsam gegen Antisemitismus und Hass zusammenzustehen, feiern überall auf der Welt Menschen den Terror der Hamas als »legitimen Widerstand« gegen die Besatzungsmacht Israel. Darunter auch viele Linke, mit denen viele von uns bereits gemeinsam auf Demonstrationen waren. Sei es gegen Neonazis, gegen den Mietenwahnsinn oder gegen die rassistischen Zustände im Land. Jetzt stehen wir uns unversöhnlich gegenüber. Und wahrscheinlich waren unsere Positionen auch nie die Gleichen, wenn wir erleben müssen, dass einige eine selektive Wahrnehmung von humanistischen Werten haben.

Aber vielleicht ist es auch die Komplexität dieses Konflikts zwischen dem Staat Israel und den Palästinensischen Gebieten. Wer ist nun schuld daran, dass sich zwei Feinde seit nun mehr 75 Jahren unversöhnlich gegenüber stehen?

Dieser Redebeitrag ist ein Versuch, die gesamte Dimension dieses Konflikt, der in diesen Tagen einen neuen Höhepunkt erreicht hat, kurz zusammenzufassen.

Die Gründung des Staates Israel und seine Vorgeschichte

Der Staat Israel entstand 1948 als einzige Heimstatt aller Jüdinnen:Juden; keine drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges und damit dem Ende des Schreckens der Shoah. Dieser Gründung ging ein längerer Prozess voraus, der maßgeblich von den Kolonialmächten Großbritannien und Frankreich seit dem Ende des Osmanischen Reiches voran getrieben wurde. Bereits zu Ende des 19. Jahrhunderts war das Gebiet am östlichen Rand des Mittelmeeres immer wieder von bewaffneten Auseinandersetzungen überzogen, denen sowohl dort lebende Araber:innen als auch Jüdinnen:Juden zum Opfer fielen. Im Ersten Weltkrieg begann dann Großbritannien damit, den arabischen Nationalismus zu unterstützen, um das Osmanische Reich und dessen Verbündeten Deutschland zu schwächen. Gleichzeitig wurde mit der sogenannten Balfour-Declaration 1917 der jüdisch-zionistischen Bevölkerung ein eigener Staat versprochen.

In den darauffolgenden Jahren bis zum Zweiten Weltkrieg erstarkte unter Mohammed Amin al-Husseini, dem Großmufti von Jerusalem, der arabische Nationalismus immer weiter. Der Zuzug weiterer jüdischer Siedler:innen wurde abgelehnt bzw. von Milizen bekämpft. Husseini, ein großer Verehrer Adolf Hitlers und des Nationalsozialismus, bewunderte die schrittweise Vernichtung der europäischen jüdischen Bevölkerung und forderte von den Nazis ebenfalls die Errichtung von KZs in Palästina. Dazu kam es dank der Niederschlagung der Deutschen nicht mehr.

Im Gegenteil flohen tausende Überlebende der deutschen Vernichtungsmaschinerie nach Palästina.

Großbritannien verlor immer mehr die Kontrolle über das Gebiet. Arabische und jüdische Milizen kämpften gegeneinander um Gebiete, auf die sie Anspruch erhoben. Infolge dessen beschloss die UNO 1947 unter Billigung der meisten jüdischen Verbände den Teilungsplan in einen jüdischen und einen arabischen Staat. Die arabischen Herrscher, größtenteils Anhänger des arabischen Nationalismus Husseinis, lehnten dies ab. Dennoch kam es drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges zur Gründung des Staates Israel. David Ben-Gurion, kurz darauf erster Premierminister Israels, unterzeichnte die Unabhängikeitserklärung. Nur wenige Stunden nach der Ausrufung der Unabhängigkeit erklärten Jordanien, Irak, der Libanon, Ägypten und Syrien dem jungen Staat den Krieg und griffen ihn an. Militärisch überlegen, aber misstraurisch untereinander gelang es den arabischen Staaten nicht, Israel zu zerstören. Im Gegenteil eroberte Israel weitere Gebiete. Teile der für einen palästinensischen Staat vorgesehenen Gebiete wurden durch Ägypten und Jordanien besetzt.

Die kriegerischen Auseinandersetzungen führten dazu, dass ca. 700.000 Palästinenser:innen in die umliegenden arabischen Staaten flüchteten. Gleichzeitig waren die rund 900.000 Jüdinnen:Juden in den arabischen Ländern, die bislang nicht nach Israel auswandern wollten, gezwungen, nach Israel zu immigrieren, da sie aus in ihren Heimatländern vertrieben wurden.

Die Jahre der Kriege und die Wiedererstarkung des arabischen Nationalismus

1956 folgte der nächste Krieg Ägyptens mit Israel um die Sinai-Halbinsel. Ägyptens Präsident Gamal Abdel Nasser hatte die Gesellschaft, die den Suez-Kanal kontroLliert, verstaatlicht. Nur durch die Intervention der USA und der Sowjetunion konnte der Krieg nach wenigen Monaten beendet werden. Für Nasser jedoch war das erklärte Ziel weiterhin die Vernichtung Israels und die Schaffung eines panarabischen Staates im Sinne des arabischen Nationalismus vom Nil bis zum Jordan.

Dazu sollte es jedoch nicht kommen. Im Sechstagekrieg im Juni 1967 griff Israel das Land an, um dessen Angriff zuvorzukommen. Innerhalb nur kurzer Zeit besetzte Israel die gesamte Sinai-Halbinsel und den Gaza-Streifen. Dieser wichtige Sieg ließ die arabischen Nachbarstaaten nicht in Ruhe. Während Israel durch eine gezielte Siedlungspolitik in den neugewonnenen Gebieten Tatsachen schaffen wollte, plante Nasser und seine Verbündeten einen neuen Krieg. 1973, am Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, griffen Ägypten und Syrien Israel unerwartet von zwei Seiten an. Die ägyptischen Truppen attackierten israelische Soldat:innen auf der Sinai-Halbinsel im Süden, die syrische Armee griff Israel in den Golanhöhen an. Völlig überrumpelt von dem Überraschungsangriff, wurde Israels Armee zunächst zurückgedrängt. Durch die bessere Ausbildung und Ausrüstung der Israelis, konnten diese die Angriffe zurückdrängen und marschierten stattdessen in beide Länder ein.

Erst 1979 beruhigte sich die Lage zunächst. Auf Vermittlung der USA schlossen Ägypten und Israel Frieden. Die Sinai-Halbinsel wurde an das arabische Land zurückgegeben. Die neue Gefahr droht danach vom Norden aus. Diesmal jedoch nicht von einem Staat, sondern von der aus dem Libanon aus operierendenen Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO unter Jassir Arafat, die mehrere Anschläge auf Israel verübte. 1982 reagierten die israelische Truppen darauf mit einem Einmarsch in den Libanon. Der Krieg löste nicht zuletzt scharfe Kritik in Israel selbst aus. Die Ermordung palästinensischer Geflüchteter durch christliche Milizen führte zu einer Welle des Protests. In ganz Israel kam es zu Demonstrationen.

Von der ersten Intifada bis zur Hamas

Den Feinden von außen folgten jene aus den von Israel kontrollierten Palästinenser-Gebieten. Der zunehmende Siedlungsbau und verschäfte Kontrollen führte im Dezember 1987 zum Ausbruch der ersten Intifada. Vor allem die ärmere Bevölkerung ging gegen israelische Soldat:innen mit Steinen, Flaschen und Molotowcocktails vor. Mit dem Osloer Friedensabkommen 1993 endete der Konflikt nach fast sechs Jahren. Das Abkommen ermöglichte erstmals eine Selbstverwaltung der palästinensischen Gebiete und sollte der Weg in die angestrebte Zwei-Staaten-Lösung sein. Dieser Friedensprozess wurde jedoch durch die Ermordung des israelischen Ministerpräsidenten Jitzchak Rabin durch einen rechtsextremen Siedler 1995 zerstört. In der Folge traten konservative und rechte Politiker:innen seine Nachfolge an, die durch ihre Politik zu weiteren Spannungen und schließlich im Jahr 2000 zur Zweiten Intifada führte. Selbstmordanschläge in israelischen Städten mit tausenden zivilen Todesopfern waren die Folge. Um die Lage zu beruhigen, ließ Israel mehrere Siedlungen in den palästinensischen Autonomiegebieten räumen. Darin sahen radikal-islamistische Kräfte eine Schwächung der israelischen Armee und konnten ihre Macht verfestigen. Bei den letzten freien Wahlen im Gaza-Streifen 2006 gewann die Hamas die absolute Mehrheit. Als Zeichen der neu gewonnenen Stärke wurde Israel immer wieder Ziel von Raketenangriffen aus dem Gaza-Streifen.

Während im Süden die Hamas angriff, attackierte vom Libanon aus im Norden die schiitische Hisbollah das Land. Nach der Entführung zweier israelischer Soldaten reagiert die IDF mit einer Militäroffensive gegen die Hisbollah. Bis 2011 sollte der zweite Libanonkrieg dauern. Zu einer wirklichen Befriedung der Lage hat dies alles nicht geführt.

In den vergangenen zehn Jahren erstarkten die Hamas und die Hisbollah immer weiter. Nicht zuletzt dank Israels Erzfeind, dem Iran, der beide Seiten massiv unterstützte. Israel antwortet immer wieder mit Luftangriffen, denen tausende Zivilist:innen zum Opfer fielen. Besonders in Gaza sind sie das Schutzschild der Hamas, die gleichzeitig immer radikaler gegen Israel und deren Bewohner:innen vorging. Ihren Höhepunkt war der Angriff am 7. Oktober 2023, mit mehr als 1.300 Toten – den größten Verlust jüdischen Lebens seit Ende der Shoah.

Gegen alle Feinde Israels

Der jüdische Staat Israel befand sich schon immer in einer Verteidungsposition und musste stets damit rechnen, angegriffen zu werden. Waren es früher die benachbarten arabischen Staaten, sind es heute vor allem Terrororganisationen wie die Hamas, aufgerüstet durch das islamistische iranische Regime, die durch gezielte Angriffe mit Raketen oder wie zuletzt durch das Eindringen auf israelisches Gebiet und die gezielte Ermordung von Zivilist:innen den Staat bedrohen. Ihr Ziel ist die vollkommende Vernichtung der jüdischen Bevölkerung, während die Araber:innen unter einem klerikal-faschistischen Regime unterworfen werden sollen, in dem die Scharia das alleinige Gesetz ist. Wie das aussieht, können wir schon heute im Gaza-Streifen beobachten. Immer noch aktuell ist

daher die Aussage der ehemaligen Ministerpräsidentin Golda Meir, die einst sagte:

»Wenn die Araber ihre Waffen heute niederlegen würden, gäbe es keine Gewalt mehr. Wenn die Juden ihre Waffen heute niederlegen würden, gäbe es kein Israel mehr.«

Als Antifaschist:innen gilt es als unsere Pflicht, das Existenzrecht des einzigen jüdischen Staates zu verteidigen. Gleichzeitig wollen und dürfen wir nicht unsere Augen vor dem Leiden der palästinensischen Zivilbevölkerung verschließen. Gerade die Muslim:innen, die sich gegen islamistische Ideologien zur Wehr setzen, haben keine Stimme oder werden selbst verfolgt. Dabei brauchen wir diese, damit ein Frieden möglich ist. Jene, die dies verhindern, sind nicht nur islamistisch-faschistische Kräfte, sondern auch rechtsextreme Politiker:innen und Hardliner auf Seiten Israels. Auf beiden Seiten wurde gegen diese immer wieder protestiert. Während jedoch tausende Israelis frei und ohne Angst auf die Straße gehen können und so die rechte Regierung massiv unter Druck setzen, müssen emanzipatorische Kräfte im Gaza-Streifen Folter und Tod durch die regierende Hamas fürchten und erleiden.

Wir versammeln uns daher heute hier nicht nur aus reiner Israelsolidarität heraus und in Solidarität mit allen Jüdinnen:Juden, die weltweit Angst haben vor dem Wiederkehren eines eliminiatorischen Antisemitismus. Wir sind auch hier, weil wir uns entschieden gegen die Hamas und ihre Freund:innen und Verbündete stellen, die ihrerseits die Palästinenser:innen in Geiselhaft halten. Denn der Hamas ist das Leben der Palästinenser:innen egal und dient ihr lediglich als dankbares Mittel, um durch ihr Leiden in ihrem angeblichen »Befreiungskampf« gegen Israel Unterstützung zu erfahren.

Nicht nur Israelis sollen in Frieden leben. Auch die Menschen in Gaza haben ein Recht darauf, von der Hamas befreit zu werden. Auch dabei brauchen sie unsere Unterstützung. Denn nur so kann es einen Frieden mit Israel geben!

Daher gilt:
Free Gaza from hamas!
Gegen jeden Antisemitismus!
Antifa heißt Solidarität mit Israel!

MAREK WINTER

Antisemitismus von links – Gedanken zur aktuellen Ausprägung nach dem 7. Oktober 2023

Die folgenden Zeilen basieren auf einem Redebeitrag zur Kundgebung „I stand with Israel – Free Gaza from Hamas" am 18. Oktober auf dem Potsdamer Platz der Einheit. Dieser war gedacht als Beitrag zu der Selbstverständigung in emanzipatorischen linken Kreisen Potsdams, die auf und mit dieser Kundgebung hoffentlich begonnen hat. Der geschriebene Text verfolgt das gleiche Ziel.

Am 7. Oktober griff die Hamas Israel an. Hier sollen nicht noch einmal die Verbrechen geschildert werden, aus denen dieser Angriff bestand. Sie wurden oft genug beschrieben, diese Schilderungen sind kaum auszuhalten. Es soll an dieser Stelle um die Reaktionen auf diese Verbrechen in den Milieus hierzulande und im globalen Westen gehen, die sich selbst als links verstehen. Denn machen wir uns nichts vor: In diesen Kreisen stellen sich weltweit gerade mehr Menschen auf die Seite der Täter von Hamas als auf die der israelischen Opfer. Im Angesicht dessen, wie viele beziehungsweise wenige Menschen an Kundgebungen wie der am 18. Oktober teilnahmen und -nehmen gilt es darüber nachzudenken und zu verstehen, warum dies so ist, um schließlich daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen zu können.

Während der Angriff auf Israel stattfand fand in Berlin ein *„Kommunismuskongress"* unter dem Titel *„Antiimperialismus – Klassenkämpfe und nationale Befreiung heute"* statt. Teilnehmer:innen und Organisator:innen des Kongresses begrüßten das enthemmte Morden, dabei die militarisierte Sprache der Hamas aufnehmend, als *„erfolgreiche Operation des palästinensischen*

Widerstandes". Dieses Milieu, dass sich dort getroffen hat und entsprechend äußert, das sich auch um die Tageszeitung „junge Welt" gruppiert, steht in der Tradition des alten linken Antiimperialismus. Dieser lässt sich bis ins frühe 20. Jahrhundert zurückverfolgen.

Als nach dem ersten Weltkrieg mit der Niederlage der Revolutionsversuche und Aufstände außerhalb Russlands die Hoffnung auf eine proletarische Weltrevolution scheiterte, suchten die Kommunistischen Parteien der Welt das Bündnis mit den nationalen Befreiungsbewegungen, die sich in den von europäischen Mächten kolonialisierten Ländern zu formieren begannen. Aus der Parole *„Proletarier aller Länder vereinigt Euch"* wurde die Forderung *„Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch"*.

Nach der Gründung des Staates Israel und der Unabhängigkeit der arabischen Nachbarstaaten, verbündete sich der um die Sowjetunion gruppierte realsozialistische Ostblock wie auch linke Bewegungen in Westeuropa und Amerika aus strategischen Gründen mit den mit Israel im Krieg befindlichen arabischen Staaten und Bewegungen der Region. Diese Form des Antizionismus, der Ablehnung der Existenz des israelischen Staates, ermöglichte es, den nach der Shoa, dem deutschen Massenmord an den Jüdinnen und Juden Europas, moralisch desavouierten Antisemitismus in veränderter Form wieder und weiter zu artikulieren – gerade auch in linken Kreisen.

Das ist extrem vergröbert und holzschnittartig die Geschichte des linken Antisemitismus nach 1945, die hier vor allem relevant ist als Vorgeschichte eines neuen linken Antisemitismus, wie er sich in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten herausgebildet hat. Auch für dessen Entstehen spielt das Scheitern linker Hoffnungen eine große Rolle. Mit dem Zusammenbruch der UdSSR und des Ostblockes 1989/90 erledigte sich, so ist im Nachhinein festzustellen, weltweit die Hoffnung auf eine grundlegende gesellschaftliche Transformation. Das Ende des Staatssozialismus macht bis heute – und wohl auch noch für lange Zeit – die praktische Vorstellung unmöglich, wie eine nichtkapitalistische Gesellschaftsordnung aussehen und vor allem, wie sie errichtet werden könnte.

In der Folge des Undenkbarwerdens der Revolution bildete sich eine Linke heraus, die sich auf die Auseinandersetzung mit Unterdrückungs- und Ausgrenzungsmechanismen im Kapitalismus konzentrierte. Die politischen Subjekte, denen sich diese Linke zuwandte und auf die sie ihre Hoffnungen setzte, wurden Personengruppen, denen in den kapitalistischen Gesellschaften nicht die vollen bürgerlichen Rechte zugestanden werden. Diese werden linkerseits vor allem als Kollektivsubjekte wahrgenommen.

Damit einher ging eine wichtige Veränderung. Das Ziel der alten kommunistischen Bewegung, zumindest auf dem Papier, war die Herstellung der *klassenlosen Gesellschaft*, ein Ziel, das wenigstens implizit die Selbstabschaffung der Arbeiterklasse als Klasse beinhaltete. Dieser neuen Linken ging es in den letzten Jahrzehnten vor allem darum *„marginalisierte Gruppen"* zu *„empowern"*. Die *Identität* dieser Gruppen wur-

de zum zentralen Gegenstand linken politischen Denkens. Damit ging es nicht mehr darum, dass sich diese Personengruppen durch Emanzipation der zu ihnen gehörigen Individuen verändern, sondern darum, dass sie diese Identität bewahren und affirmieren und sich dennoch beziehungsweise gerade deswegen ihre gesellschaftliche Machtposition in der kapitalistischen Gesellschaft verbessert.

Damit versperrte sich diese Linke offensichtlich die Möglichkeit, reaktionäre Bewegungen in diesen Gruppen zu kritisieren. Das beste Beispiel dafür sind Islamismus und Jihadismus, mit den ihnen inhärenten Antisemitismus, Frauenhass und Homophobie, wie sie sich in den letzten 40 Jahren sowohl in den gescheiterten Modernisierungsregimen der arabischen Welt als auch unter den verarmten Migrantenmassen in den europäischen Metropolen (und unter jenen, die mit diesen Politik machen wollen) ausbreiteten. Ein Bewusstsein für den Antisemitismus gerade als Krisenideologie unter den *Verdammten dieser Erde* hat diese Linke nicht entwickelt.

Doch es ist nur Nichtwissen und Nichtwissenwollen, das dieser Linken vorzuwerfen ist. Die linksliberalen Studierenden US-amerikanischer Eliteunversitäten, die gerade gegen Israel auf die Straßen gehen, die deutschen welttoffenen Intellektuellen und Kulturbürokraten sowie die globalen Kunsthandwerker:innen, die im letzten Jahr in Kassel eine antisemitische Propagandaaus-_ stellung organisierten, die Talkshowmarxisten und Literatinnen, die sich gegenseitig Preise und Stipendien verleihen, sie sind global gesehen Profiteure des herrschenden Systems. In ihren Verlautbarungen erscheint Israel als geopolitischer Ort des Bösen, als Unort auf der Landkarte, dessen Existenz alsbald zu beenden sei. In dieser Weltsicht sind die Juden die absoluten Unterdrücker, ihre Opfer die absoluten Opfer.(1) Der Verdacht liegt mehr als nahe, dass es diesen Intellektuellen, Akademiker:nnen, Künstler:nnen darum geht, sich von ihrer Verquickung in die herrschenden Verhältnisse freizumachen, indem sie Herrschaft, Unterdrückung, Ausbeutung und Gewalt andernorts hinprojezieren. Und alten, ausgetretenen Pfaden folgend wird Israel zur Leinwand ihrer Projektionen.

Doch wenn wir über die Linke und ihr Verhältnis zu Israel nachdenken, sei angesichts der nunmehr über dreißigjährigen, wahrnehmbaren Existenz einer israelsolidarischen Linken in Deutschland, daraufhin hingewiesen, dass auch hier Selbstkritik angebracht sei. Entstanden ist diese Linke in den 1990er Jahren in Auseinandersetzung sowohl mit der deutschen Wiedervereinigung, dem Erstarken von Nationalismus und Wünschen nach neuer deutscher Größe, aber auch mit den linken Reaktionen auf den Zweiten Golfkrieg 1990/91, in dessen Rahmen die irakische Armee Israel mit Raketen beschoss und der irakische Diktator Saddam Hussein drohte, Israel mit Giftgas zu zerstören. Die

(1) Ja, es geht um Juden. Jede Behauptung, es würde zwischen Juden und Zionisten/Israelis differenziert, wie sie gerne von klassischen Antiimperialisten vorgebracht wurde und wird, hat sich angesichts der Indifferenz gegenüber dem antisemitischen Terror der letzten Tage als Lüge blamiert.

israelsolidarische Linke hat sich in den 1990ern und frühen 2000er Jahren bleibende Verdienste in der Kritik des linken Antisemitismus erworben.

Viel zu große Teile dieser Linken haben sich in den letzten Jahren allerdings darauf verlassen, dass der israelische Staat (und die USA) als idealtypische Verkörperungen

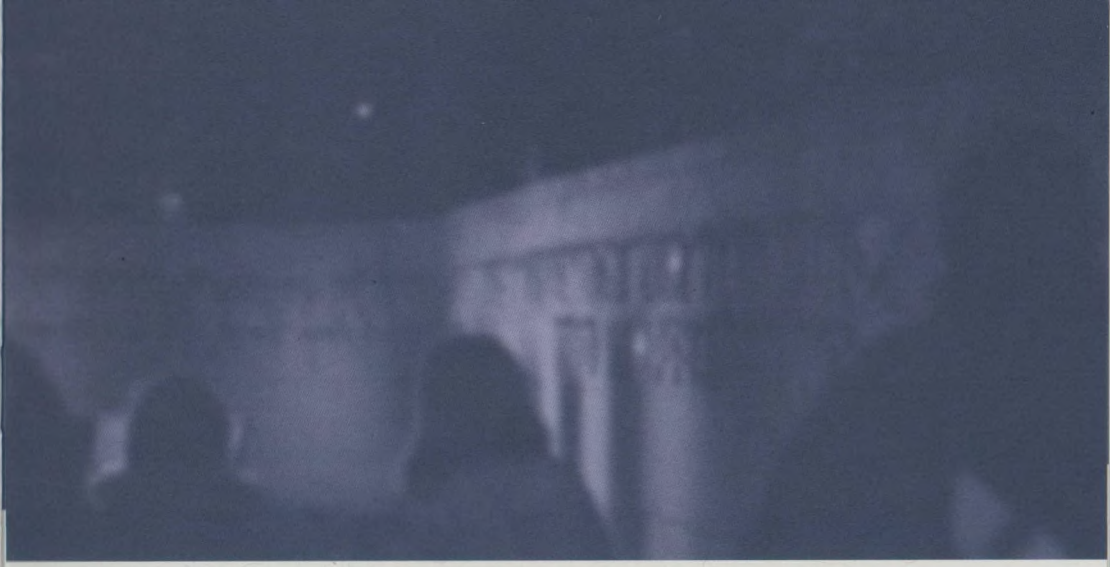
bürgerlich-demokratischer Staatlichkeit als stabiles Bollwerk gegen das praktische Ausagieren der antisemitischen Krisenideologie fungieren. Allzuoft erschöpfte sich die *Solidarität mit Israel* darin, in identitärer und identifikatorischer Absicht Embleme und Symbole des israelischen Staates und seiner Streitkräfte zu zeigen. Das Bewusstsein für die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Gesellschaft und die ihr innewohnenden Potentiale der Barbarei wurde häufig verdrängt durch die Affirmation einer idealisierten bürgerlichen Gesellschaft.

Die Entwicklungen in den letzten Monaten in Israel und die Ereignisse der letzten Tage, unter anderem auch das Versagen der israelischen Sicherheitskräfte, den Terrorangriff der Hamas zu verhindern, zeigen, dass auch Israel vor der globalen Krise bürgerlich - demokratischer Staatlichkeit nicht gefeit ist und dass diese Krise soweit fortgeschritten ist, dass sie die Schutzfunktion des Staates gegen die antisemitische Vernichtungswut untergräbt – ohne dass eine effektive Alternative zu diesem staatlichen Schutz bereitstünde.

Von diesem Punkt an gilt es, so bitter das ist, weiterzudenken.

Zum Ein- und Weiterlesen:

Mario Keßler: Zionismus und internationale Arbeiterbewegung. 1897 bis 1933, Berlin 1994.
Thomas Haury: Antisemitismus von links - Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002.
Sina Arnold: Das unsichtbare Vorurteil. Antisemitismusdiskurse in der US-amerikanischen Linken nach 9/11. Hamburg 2016.
Matthias Brosch u.a. (Hrsg.): Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung. Berlin 2007.
Moishe Postone: Deutschland, die Linke und der Holocaust - Politische Interventionen, Freiburg i. Brsg. 2005.
AK „Stalin hat uns das Herz gebrochen" der Naturfreundejugend Berlin: Stalin hat uns das Herz gebrochen - Antisemitismus in der DDR und die Verfolgung jüdischer Kommunist:innen. Münster 2017.



EMANZIPATORISCHE ANTIFA POTSDAM (EAP)

"Die Täter kämpfen einen Scheiß für irgendeine Befreiung!"

Vor 11 Tagen griff die Hamas Israel an. Die Terroraktion begann mit dem Raktenangriffen auf Israel. Im weiteren Verlauf ermordeten Anhänger der klerikal-faschistischen Hamas Zivilist*innen und verschleppten mehr als 150 Menschen. Bisher wurden dabei circa 1400 Israelis ermordet. Israel befindet sich im Kriegszustand. Das traurige Resumee: bei dem Terroranschlag wurden innererhalb eines Tages so viele Jüdinnen und Juden ermodet, wie zuletzt zur Zeit des Holocausts.

Das Massaker ist damit ein weiterer Tiefpunkt in der globalen Geschichte des Antisemitismus. Wir sind in Gedanken bei den Opfern des Angriffs, bei Ihren Freund*innen und Verwandten, bei den Bewohner*innen Israels. Wir verurteilen den Angriff der Hamas und sind sprachlos in Anbetracht dieser Gewalt. Wir sind sprachlos über die Reaktionen, über die Drohungen der Hamasführung und über die Unmenschlichkeit, die auf social Media und auf den Straßen deutlich wird.

Außerdem wird deutlich, dass die antisemitischen und misogynen Werte der Hamas global anschlussfähig sind, auch für Linke. Die Parole "From the river the sea" ist auf einigen linken Demos immer wieder zu finden und zeigt den Schulterschluss von Teilen der Linken und der Hamas. Die Existenz Israels wird in Frage gestellt und implizit die Auflösung des Staates gefordert, wobei der Angriff zeigt, dass die Auflösung eher mit einer Auslöschung gleichzusetzen ist. Die Hamas Charta strotzt außerdem nur

so vor Holocaustleugnung, weiteren antisemitsche Verschwörungen und direkten Gewaltaufrufen gegen Jüdinnen und Juden. Wer sich also momentan berufen fühlt, sich auf vermeindlichen Pro-Palästinensischen Demos herumzutreiben, macht sich mit eben diesen Werten gemein.

Aus Berichten Überlebender und aus den grausamen Videos und Fotos, die derzeit um die Welt gehen, können wir sehen, was ein Angriff der Hamas auf Zivilist*innen bedeutet. Die Aufnahmen zeigen entführte Kinder, Leichen die wie Trophäen durch Siedlungen gefahren werden, Folter und hunderte Tote, die am Straßenrand liegen.

Unter den circa 200 Verschleppten befinden sich überproportional viele Frauen und Mädchen und in den Videoaufnahmen sind Vergewaltigungenen und weitere sexualisierte Gewalt zu sehen. Die strategischen Vergewaltigungen erinnern an das Vorgehen des IS 2014 gegen die jesidischen Frauen und zeigen damit auch die Misogynie der Islamisten. Und auch hier sind die Reaktionen aus feministischen Kreisen weltweit teilweise verstörend. Anstatt den antisemitischen und misogynen Terror zu verurteilen und sich mit den Opfern sexualisierter Gewalt zu solidarisieren, wird der Angriff der Hamas von einigen Feminist*innen als emanzipatorische Praxis gedeutet. Deutungen dieser Art sind nicht nur unendlich menschenfeindlich und werfen die Frage auf, wie es um die Empathie dieser Menschen bestellt ist, sondern zeugen auch von grober Unwissenheit über die Ideologie der Hamas und des Islamismus.

Auch der Zeitpunkt der Solidarisierung ist erschreckend. Warum fühlen sich Menschen bemüßigt gerade nach diesem mörderischen Massker Solidarität mit allen Palestinensern einzufordern? Eine Stärke linker Kritik mussdie Differenzierung innerhalb konkreter historischer Ereignisse sein! Es gibt Leid im Gazastreifen. Die Lebensbedingungen dort sind für die meisten Menschen katastrophal.

Daraus ergibt sich aber für niemanden die Notwendigkeit irgendetwas an der Hamas und ihren Anhänger*innen zu verteidigen! Massaker an Kindern, das Stürmen eines Festivals und die Auslöschung ihrer Besucher*innen, die systematische Durchkämmung von Dörfern auf der Suche nach Opfern, sind durch nichts zu rechtfertigen! **Die Täter kämpfen einen Scheiß für irgendeine Befreiung!**

Daher schließen wir uns der hier vertretenen Forderung nach dem verschwinden der Hamas aus dem Gazastreifen an.

Zudem fordern wir euch auf mit uns gemeinsam entschlossen gegen jeden Antisemitismus einzusetzen. Die Voraussetzung für den Kampf gegen menschenunwürdige gesellschaftliche Verhältnisse beinhaltet zwingend die Zurückweisung verschwörungs- und antisemitischen Geschwurbels.

Es darf keine Solidarität mit faschistischen oder religiösfanatischen Gruppen geben!

SOLIDARITÄT UND EMANZIPATION BERLIN

Gegen jeden Antisemitismus und Rassismus!

CN: (Sexualisierte) Gewalt

Wir sind erschüttert über den brutalen Angriff der Hamas, der Popular Front for the Liberation of Palestine (PLFP) und des Palestinian Islamic Jihad (PIJ), über die Verschleppung von über 200 Geiseln, Vergewaltigungen und die Ermordung von mehr als Tausend jüdischen Menschen. Für diese Taten finden wir keine Worte. Wir gedenken der Vermissten und Toten und können den Schmerz derer, die geliebte Menschen vermissen, nur erahnen. Ihnen gilt unser tiefes Mitgefühl und unsere Unterstützung. Wir sprechen unsere Solidarität mit Jüd:innen weltweit aus und möchten Antisemitismus in all seinen Facetten bekämpfen. Wir wollen nicht zusehen, wie Anschläge auf jüdische Einrichtungen verübt werden oder Davidsterne die Wohnorte von jüdischen Menschen markieren.

"Nie wieder" ist der Leitspruch, der uns nach der Shoah begleitet und dem wir uns verschreiben. Es ist unsere Verantwortung dafür zu sorgen, dass so etwas nie wieder passieren kann. Bei aller grundsätzlichen Kritik an Nationalstaaten: Antisemit:innen weltweit wollen jüdisches Leben vollständig auslöschen. Daher ist die Existenz Israels notwendig, damit jüdische Menschen nach Tausenden Jahren von Unterdrückung und Verfolgung über einen Schutzraum verfügen.

Umso schockierter sind wir über die Reaktionen auf den am 7. Oktober begonnenen Krieg, den die Hamas brutal startete. Wer in islamistischen Terroristen Widerstandskämpfer sieht, verklärt Täter und Opfer in diesem Krieg. Dass so etwas gerade von selbsterklärten Feminist:innen zu hören ist, verwundert umso mehr. Islamist:innen sind keine Vorreiter:innen für die Emanzipation, sondern ermorden, vergewaltigen, verschleppen und unterdrücken bewusst LGBTQIA+-Personen sowie alle anderen, die nicht in ihr Weltbild passen. Sie sind zutiefst antifeministisch. Das Massaker an über 260 Festivalbesucher:innen des Supernova Mu-

sic Festivals in Israel verdeutlicht dies auf abscheuliche Weise. Dazu kommt: Die Hamas wird vom iranischen Regime unterstützt. Linke weltweit solidarisieren sich mit den Kämpfen von Frauen* und Queers gegen islamistische Unterdrückung im Iran. Dass nun Teile eben dieser Linken die Hamas und deren Krieg als Widerstandskampf feiern, ist beschämend und abzulehnen. Hass und Gewalt gegen jüdische Frauen und Queers wird hingenommen oder sogar als Befreiung gefeiert. **Das ist kein Feminismus!**

Dass die Hamas nicht für die Rechte von Unterdrückten kämpft, sollte also klar sein. Vielmehr nutzt sie die verzweifelte Lage in Gaza zu ihren eigenen Interessen aus. Mit ihrem Angriff haben die Hamas und ihre Verbündeten die Zivilbevölkerung in Gaza in eine desolate Lage gebracht, sie nutzen sie als Schutzschilde und hindern sie an der Flucht. Das zeigt wieder einmal, dass die Hamas nicht am Schutze der Zivilbevölkerung in Gaza interessiert ist. Es ist elementar, zwischen der Hamas, ihren Unterstützenden und der Zivilbevölkerung zu unterscheiden. Die Hamas hat sich 2007 im Gaza-Streifen gewaltsam an die Macht geputscht und ist keine demokratisch legitimierte Partei. Den Zivilist:innen in Gaza werden ihre Rechte verwehrt. Sie sollten in Frieden leben und lieben können, sich engagieren und protestieren können, Pressefreiheit und Meinungsfreiheit genießen!

Wir sind erschüttert über die aktuelle Situation im Gaza-Streifen. Wir können uns nicht vorstellen, wie es ist, ein Kriegsgebiet nicht verlassen zu können, abgeschnitten zu sein von Wasser, Strom, Essen und medizinischer Versorgung.

Wir distanzieren uns von der ultra-rechten Regierung Israels - gegen die auch innerhalb des Landes stark protestiert wird - von den entmenschlichenden, hetzerischen Worten des Premierministers Nethanyahu und vereinfachter Freund-Feind-Rhetorik. Menschen von lebenswichtigen Mitteln abzuschneiden und großflächig zu bombardieren kostet zahlreiche Menschenleben und wird kaum zu einer humanen Lösung des Konflikts führen. Die Situation in Gaza ist katastrophal und es ist nicht hinnehmbar, dass Tausende Zivilist:innen sterben. Darauf muss öffentlich hingewiesen und dagegen muss protestiert werden dürfen. Palästineser:innen muss ein öffentliches Trauern um ihre Verstorbenen gewehrt werden. Die rassistische Behandlung durch Politik und Polizei muss aufhören - wir verurteilen sie aufs Schärfste. Wenn Faschist:innen und antisemitische Schwurbler:innen demonstrieren dürfen, während pro-palästinensische Aktionen aufs Schärfste unterdrückt werden, ist das Rassismus und - wenn mensch so argumentieren möchte - auch ein grundsätzlicher staatlicher Angriff auf die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit. Gerne würden auch wir öffentlich gegen diese humanitäre Katastrophe in Gaza und für die Rechte von Palästineser:innen protestieren. Doch es ist für uns nicht tolerierbar, wenn auf entsprechenden Veranstaltungen zumindest von Teilen der Anwesenden die Auslöschung Israels gefordert und die Gräueltaten der Hamas als Widerstand verklärt werden. Antisemitische Sprechchöre und Bilder, die Verklärung von Genozid, Apartheid sowie die Inszenierung der Hamas als Widerstandsgruppe dürfen nicht unwidersprochen bleiben.

Gerade in Deutschland wird die Debatte aktuell genutzt, um antismuslimischem Rassismus freien Lauf zu lassen. Besonders in Deutschland ist es absurd, wenn Antisemitismus ausschließlich auf von Rassismus betroffene Menschen projiziert wird. Nur zur Erinnerung: Deutschland hat die Shoah zu verantworten. Deutsche Wahlberechtigte haben Hitler gewählt. Deutsche riefen begeistert Zustimmung zum totalen Krieg. In Deutschland hat der Antisemitismus unbeschreibbare Ausmaße angenommen, wurde die Vernichtung jüdischen Lebens industriell geplant und durchgeführt. Nach der Shoah hat sich zwar das "Sagbare" verschoben, doch Antisemitismus ist nie verschwunden. Viele Strukturen und Personal aus NS-Zeiten wurden in die BRD integriert. Es gab keine Stunde 0. Deutschland hat auch heute ein großes Problem mit Antisemitismus und Faschismus - in den Köpfen, auf der Straße, in Sicherheitsbehörden und Politik. So zu tun, als sei Antisemitismus abschiebbar, ist purer Rassismus. Abschiebungen können nie eine Lösung sein. Wir stellen uns daher ganz klar gegen die rassistische Vereinnahmung von Antisemitismuskritik. Wir schämen uns für die öffentliche Debatte, die die aktuelle Situation ausnutzt, um die Rechte von Geflüchteten einzuschränken und Menschen Schutz zu verwehren.

Es verwundert außerdem, wie wenig Kritik öffentlich an Ägypten geäußert wird, das die Grenze zum Gazastreifen für die meisten geschlossen hält. Dass Israel seine Grenze zu Gaza nach der Angriffswelle nicht öffnet, ist verständlich angesichts der Tatsache, dass zahlreiche islamistische Kämpfer von dort aus loszogen, um Jüd:innen zu töten. Dass Ägypten als einziges weiteres angrenzendes Land seine Grenze geschlossen hält, ist angesichts der Alternativlosigkeit humanitärer Korridore problematisch. Natürlich sollte kein Mensch gezwungen sein, zu fliehen. Es sollte für Zivilist:innen jedoch die Möglichkeit geben, Kriegsgebiete (vorübergehend) zu verlassen.

Es ist Zufall, wo Menschen geboren werden. Wir sind für ein gutes Leben für alle Menschen auf der Welt. Dementsprechend sollten alle Menschen Zugang zu notwendigen Gütern haben und ein Leben in Sicherheit führen können. Es braucht jetzt linke, feministische, antisemitismuskritische und antirassistische Positionen in dieser verzweifelten Lage. Daher haben wir uns zusammen getan und die Gruppe "Solidarität und Emanzipation" gegründet. Wir sind interessiert an ähnlich denkenden Menschen und solidarische Aktionen. Lasst uns zusammen arbeiten und Antisemitismus und Rassismus bekämpfen! "Nie wieder" darf keine leere Parole sein. Es braucht konkrete Solidarität.

Die Geiseln müssen befreit und die Hamas besiegt werden! Die unschuldigen Men--schen in Gaza müssen eine Möglichkeit bekommen, vorübergehend den Gazastreifen zu verlassen und Zugang zu überlebenswichtigen Gütern bekommen!

Gegen jeden Antisemitismus und Rassismus! Free Gaza from Hamas!

Solidarität und Emanzipation - Oktober 2023

STUDIERENDE DER JÜDISCHEN STUDIEN AN DER UNIVERSITÄT POTSDAM

Zwei Statements sind besser als keins?

Zur unpassenden Reaktion der Universität Potsdam auf Terror in Israel

Wir sprechen heute zu Euch als Studierende der Jüdischen Studien an der Universität Potsdam. In unserem Beitrag möchten wir uns kritisch mit den Reaktionen der Universität Potsdam auf den Terror im Nahen Osten auseinandersetzen. Wir wollen heute deutlich machen, dass wir entschieden anderer Meinung sind.

In einer am 9. Oktober veröffentlichten Stellungnahme verurteilte die Universität die „beispiellosen Angriffe auf Israel durch die Hamas" und sicherte ihren Partner:innen Solidarität und Unterstützung zu. Die Pressestelle der Universität verteidigt darin die Hochschulkooperationen mit israelischen Universitäten und benennt die Gräueltaten der Hamas deutlich. Das Statement rief so heftige antiisraelische Reaktionen in den Sozialen Medien und bei LinkedIn hervor, dass die Kommentar-spalten der jeweiligen Plattformen bereits eine Stunde nach Veröffentlichung durch die Universität geschlossen werden mussten. Im sozialen Netzwerk LinkedIn setzten beispielsweise Akademiker:innen den brutalen Terror der Hamas mit Israels Politik gleich und sprachen sich gegen eine Solidarisierung der Universität mit Israel aus.

Nur eine Woche später legte der Universitätspräsident Prof. Oliver Günther nun nach und vollzog mit seinem zweiten veröffentlichten Statement eine regelrechte Kehrtwende. Der Tagesspiegel reagierte prompt und verurteilte Günthers heuchlerische Aussagen scharf. Auch das Junge Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft bezeichnete das Statement als „unsäglich". Ob es schließlich die Kommentare des antiisraelischen Mobs waren, die Präsident

Günther zum Einknicken brachten, oder ob er unter dem andauernden Druck anderer israelkritischer Intellektueller zurückruderte, können wir nur vermuten.

Im zweiten Statement wird behauptet, beide Stellungnahmen könnten nebeneinander existieren, die zweite sei eine „Klarstellung", löse die erste aber keinesfalls ab. Tatsächlich stehen die beiden in krassem Widerspruch zueinander. Hier lohnt es sich, etwas genauer hinzusehen. Um es vorweg zu nehmen: Diesen zweiten Text mit „Äquidistanz" zu Terror auf der einen und harter, aber legitimer Verteidigung auf der anderen Seite zu bezeichnen, würde nicht weit genug reichen. Hier ein Zitat aus dem zweiten Statement:

„Offensichtlich ist auch, dass sich diese Probleme nicht durch eine aggressive Siedlungspolitik und Schikanen gegen die Zivilbevölkerung – schlicht: Gewalt jeglicher Art lösen lassen. Ganz im Gegenteil führen solche Maßnahmen, wie wir vor wenigen Tagen gesehen haben, nur zu mehr Gewalt."

Für Oliver Günther scheint nicht der glühende Fanatismus islamistischer Schlächter ursächlich für die Massaker, sondern die Siedlungspolitik Israels. Diese ist zurecht kritikwürdig, findet aber in der Westbank und nicht im Gaza-Streifen statt, aber das sind Details. Es bleibt außerdem schleierhaft, wie israelische Familien in Sderot, Be'eri oder Nir Os durch ihre bloße Existenz verantwortlich sein sollen für die Siedlungspolitik im Westjordanland.

Um es klar auszudrücken: Die Hamas griff nicht an, um politischem Unmut Ausdruck zu verleihen, sondern um so viele Jüdinnen und Juden zu töten wie möglich, weil die bloße Existenz von Jüdinnen und Juden im beanspruchten Territorium und auf der ganzen Welt ein Übel in den Augen dieser Fanatiker ist. "Ganz im Gegenteil führen solche Maßnahmen", wie es im Statement weiter heißt, gemeint ist also die israelische Politik "nur zu mehr Gewalt". Das ist keine Äquidistanz mehr, sondern nah an Apologetik. Weiter unten heißt es im Statement der Universität Potsdam:

"Wir appellieren an alle Verantwortlichen, zur Menschlichkeit zurückzukehren anstatt Zivilisten, auch Kinder, zu verschleppen, zu ermorden oder auszuhungern. Wir appellieren an sie, auf der Grundlage der Menschenrechte und der Fairness zu verhandeln anstatt den Krieg auf weitere Regionen auszudehnen. Die Gewaltspirale muss ein Ende haben."

Nicht nur wird hier die in Deutschland allseits beliebte „Gewaltspirale" bemüht, die wunderbar dazu befähigt, Akteur:innen und Verantwortlichkeiten auszublenden, sondern auch völlig unterschiedliche Handlungen in einen Topf geworfen. En détail heißt das: Verschleppen und Mord gehen auf das Konto der Hamas und mit Aushungern ist wohl Israel gemeint. Beides wird in einem Atemzug genannt. Die Abriegelung der Versorgung des Gaza-Streifens ist eine sehr harte Maßnahme und diejenigen, die darunter leiden, verdienen unser Mitleid. Vielleicht hat der Universitätspräsident aber vergessen, dass die erneute Bereitstellung von Strom, Wasser und Treibstoff an eine Bedingung geknüpft war: und zwar an die Freilassung der Geiseln.

Der Appell "Zur Menschlichkeit zurückkehren" ist ebenso der Titel des zweiten

Statements. Nimmt man den Inhalt ernst, bleibt nur der Schluss, dieser Appell richte sich an beide Parteien. Man wünscht sich, dass der Präsident ausbuchstabiert, wo genau die israelische Regierung die Menschlichkeit als Maßstab ihres Handelns verlassen hat und wo sie das in einer Weise getan hat, die sie auf eine Stufe mit dem Agieren der Hamas stellt. Anders kann der gleichmachende Appell an "alle Verantwortlichen" nicht gemeint sein. Im Zusammenhang von Militäroperationen von "Fairness" zu sprechen, reduziert den Konflikt auf ein Fußballspiel. Israel ist der Hamas militärisch weit überlegen und nutzt das zu seinem Vorteil, um die eigene Bevölkerung zu schützen. Jeder demokratische Staat würde das tun. Gleichheit der Machtmittel hieße in diesem Fall übrigens noch weit größere Massaker an Israelis.

Noch eine Bemerkung zum Begriff „Menschenrecht", den viele gerne als Monstranz vor sich hertragen: Jede einzelne der tausenden Raketen, die die Hamas auf Zivilist:innen abgeschossen hat, wurde mit dem einzigen Ziel abgefeuert, Unschuldige zu töten – also eine wenigstens angestrebte Menschenrechtsverletzung. Das israelische Militär verhindert durch seine Raketenabwehr glücklicherweise Schlimmeres. Israel verwendet militärische Mittel, die auch in der Lage sind, Zivilist:innen zu töten.

Dabei wird jeder einzelne Beschuss medial bewertet, zuletzt wieder beim angeblich israelischen Luftschlag gegen ein Krankenhaus in Gaza, oft mit der unkritischen und brandgefährlichen Reproduktion von Infor - mationen, die nicht selten von der Hamas selbst kommen. Um tatsächlich, wie im Titel gefordert, "zur Menschlichkeit zurückzukehren", würde heißen, der Hamas die Möglickeiten zu nehmen, solche Pogrome noch einmal zu verüben.

Zum Vergleich der beiden Statements sei noch gesagt, dass das erste darauf ausgechtet war, Solidarität mit den Opfern auszudrücken. Die zweite Stellungnahme ist eine typisch deutsche Reaktion, die Israel belehren soll und die Ereignisse der letzten Woche relativiert. Zum Glück ist die israelische Bevölkerung nicht auf die Solidarität der Universität Potsdam angewiesen. Diejenigen, die an dieser Universität studieren und Angehörige im Land haben, dürften jedoch mindestens enttäuscht sein.

rEin Aspekt sollte hier noch gewürdigt werden, der in beiden Statements dominiert: Die Kooperationen zu israelischen Universitäten im ersten Text, die noch ergänzt werden durch die palästinensischen Kooperationen im zweiten. Man freue sich, in den letzten 12 Jahren mehrfach vor Ort gewesen zu sein und bedauere, dass eine israelisch-palästinensisch-brandenburgische Kooperation wegen "Gegenwind auf beiden Seiten" nicht zustande kam. Die Universität Potsdam unterhält neben den Kooperationen mit Universitäten in Tel Aviv, Haifa und Jerusalem auch eine Hochschulkooperation zur Birzeit-Universität im Westjordanland. Auf ihrer Website wird das militärische Vorgehen Israels in Gaza als "genocidal war" bezeichnet. Man kann nur mutmaßen, warum die israelischen Uni-

versitäten vermutlich keine Lust auf eine Zusammenarbeit hatten. Um den Unterschied, ob man Verbindungen etwa zur Hebräischen Universität oder zur Birzeit-Universität unterhält, noch deutlicher zu machen: In Jerusalem kann man z.B. "Islamic and Middle Eastern Studies" studieren. In der Westbank sollte man nicht öffentlich Hebräisch sprechen, ein Studienfach wie die Jüdischen Studien, wie wir sie in Potsdam studieren, vermisst man dort. Anders gesagt: Ressentimentfreies Lernen und Forschen über den Islam und muslimische Kulturen wird an der Hebräischen Universität auch nach dem Krieg möglich sein, ein Studium der jüdischen Kulturen im Westjordanland, zumindest unter den aktuellen Bedingungen, wohl nie. Um zum Ende zu kommen: Im ersten Statement lässt sich der Vizepräsident für Internationales und Fundraising, Florian J. Schweigert, zitieren, man sei "mit den Potsdamer Studierenden in Kontakt, um sie so gut es geht von hier aus zu unterstützen. Gastwissenschaftler haben wir derzeit nicht dort". Eine Studentin unseres Instituts war zum Zeitpunkt der Veröffentlichung noch in Israel und wurde nicht von offizieller Stelle benachrichtigt. Es war offenbar wichtiger, schnelle und schließlich hohle Solidarität zu äußern. Glücklicherweise geht es ihr gut. Kontaktiert haben andere sie.

„Was für ein unsägliches Statement" Uni-Potsdam-Präsident Günther gerät nach Aussagen zu Hamas und Israel zwischen die Fronten

Nach zum Teil heftigen Reaktionen auf seine Verurteilung der Hamas gibt Potsdams Uni-Präsident Oliver Günther ein zweites Statement ab. Diesmal mit Kritik an Israel.